

Die Frage ist, wie beweiskräftig das der Menschenrechtsorganisation zur Verfügung stehende Material war und ob die Berichte von Frau Zhang glaubwürdig waren. Es ist richtig, daß Fotos und Filmaufnahmen gefälscht sein können, und es ist auch bekannt, daß Flüchtlinge oder Asylsuchende zu Übertreibungen neigen. Dennoch ist im vorliegenden Fall davon auszugehen, daß sich die Menschenrechtsorganisation auch anderwärtig informiert und rückversichert hat. Es gibt - und gab übrigens auch in der Vergangenheit - immer wieder Hinweise und Bestätigungen über die katastrophalen Zustände in chinesischen Waisenhäusern. Daß die Berichte über das Shanghaier Wohlfahrtsinstitut für Kinder nicht aus der Luft gegriffen sind, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß das Personal dieser Institution mehr als einmal versucht hat, die dortigen Zustände publik zu machen, und daß die Shanghaier Behörden im Jahre 1991/92 sogar eine offizielle Kommission in das Heim schickten, die die ihnen über einzelne Angestellte zu Ohren gekommenen Unregelmäßigkeiten untersuchen sollte. Auch eine Gruppe von Abgeordneten des Shanghaier Volkskongresses soll sich der Vorfälle angenommen haben. Beide Untersuchungsgruppen sollen die Vorwürfe weitgehend bestätigt gefunden haben. Sie fanden außerdem heraus, daß der damalige Direktor Han Weicheng Spendengelder aus dem Ausland und Adoptionsgebühren in Höhe von US\$ 80.000 veruntreute. Doch der Direktor muß gute Beziehungen zu den höchsten Autoritäten in Shanghai gehabt haben, jedenfalls stellte sich die politische Führung hinter Han, und der Fall brach zusammen. Es wurde eine Nachrichtensperre verhängt und das kritische Personal, darunter auch Frau Zhang, vom Dienst suspendiert. Doch damit nicht genug: Auch die 14 Abgeordneten, die sich an der Untersuchung beteiligt hatten, verloren auf Geheiß der Behörden ihr Volkskongreßmandat. (Vgl. dazu ausführlich SCMP, 7.1.96.)

Die Reaktionen der offiziellen chinesischen Stellen sind schwer zu verstehen. Warum reagiert man so empfindlich und warum werden die Vorfälle geleugnet? Es ist ja nicht so, daß in China derartige Zustände, wie sie aus chinesischen Waisenhäusern jetzt bekannt wurden, nicht auch verurteilt würden. Verhalten, wie es dem Pflegepersonal des Shanghaier Waisenhauses vorgeworfen wird, wird auch nach den chinesischen Gesetzen unter Strafe gestellt. Warum ist man den Unregelmäßigkeiten

nicht nachgegangen und hat man keine offizielle Untersuchung der Vorfälle angeordnet? Dies wäre eine angemessene Reaktion gewesen. Doch offensichtlich spielen für den Außenstehenden nicht ganz erkennbare Gründe eine Rolle, z.B. sicherlich persönliche Beziehungen. Ein entscheidendes Motiv dürfte jedoch gewesen sein, daß man in China in bezug auf Menschenrechte, noch dazu, wenn sie vom Ausland angemahnt werden, besonders empfindlich reagiert. China unterschreibt nicht den universalen Menschenrechtsbegriff, sondern nimmt für sich eine spezifisch chinesische Interpretation der Menschenrechte in Anspruch. -st-

*(19)

China verbietet öffentliche VCD-Vorführungen

In den letzten Wochen gehen die chinesischen Behörden massiv gegen sog. Video-CD- oder Laser-Disc-Salons vor, die im ganzen Land entstanden sind. Es handelt sich bei diesen "Salons" um kommerziell betriebene Unternehmen, die angeblich vorwiegend geschmuggelte Spielfilm-CDs vor einem öffentlichen Publikum zeigen. Die Behörden gehen davon aus, daß in diesen Salons zumeist Pornofilme gezeigt werden und die Besucher durchweg Jugendliche sind. Deshalb haben sie die VCD-Salons für illegal erklärt und in der ersten Januarhälfte bereits 95 Prozent der 5.000 Salons dieser Art, die es im ganzen Land geben soll, geschlossen. Zugleich wurden Razzien durchgeführt, um den illegalen Handel mit solchen Videos zu unterbinden. Als Grund für das rigorose Vorgehen wurde angeführt, daß die geschmuggelten Videos die Jugend verdürben und Copyrights verletzen. (XNA, 31.12.95 u. 19.1.96) Es fällt auf, daß China das Copyright besonders ernst nimmt, wenn Pornographie vermutet wird.

Bereits im Jahre 1990 war ein vorläufiges Verbot der Einfuhr und Vorführung von Spielfilm-CDs ergangen, dem 1994 entsprechende Vorschriften folgten, die das kommerzielle Vorführen von Audio- und Videoprodukten verbieten. Offensichtlich müssen die Verbote von Zeit zu Zeit immer wieder durch verschärftes polizeiliches Durchgreifen bekräftigt werden. Das gegenwärtige Vorgehen gegen die CD-Salons ist Teil einer umfangreichen Säuberung des "Kulturmarktes", die seit Wochen mit entsprechender propagandistischer Belegmusik läuft. Die Presse hat das

Thema aufgegriffen und spricht vom Kampf gegen das "elektronische pornographische Gift" (s. RMRB u. GMRB im Dez. 1995, z.B. GMRB, 22.12.95). Dabei wird durchweg unterstellt, daß die ungunstigen Tendenzen auf dem chinesischen Kulturmarkt aus dem "dekadenten" Ausland nach China eindringen. -st-

Außenwirtschaft

*(20)

Stärkere Kontrolle ausländischer Wirtschaftsinformationen

Mitte Januar setzte der Staatsrat die Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China) als Kontrollorgan für die Weitergabe von Wirtschaftsinformationen ausländischer Nachrichtenagenturen in China ein. Mit dem Rundschreiben des Staatsrates werden die ausländischen Nachrichtenagenturen dazu aufgefordert, eine Genehmigung bei der Xinhua zu beantragen, wenn sie oder mit ihnen verbundene Informationsdienste Wirtschaftsinformationen in China veröffentlichten wollen.

Ebenso wie bei dem Vertrieb von ausländischen Büchern und Zeitschriften wird mit dem neuen Bestimmungen der Versuch unternommen, das staatliche Monopol aufrechtzuerhalten.

Das Rundschreiben des Staatsrates schließt aus, daß sich die ausländischen Nachrichtenagenturen bzw. die mit ihnen verbundenen Informationsdienste direkt an Benutzer wenden und Abonnenten werben dürfen; auch über ein Joint Venture-Unternehmen mit einem chinesischen Partner wird dies nicht zugelassen.

Sollten Informationen in China an Abonnenten durch ausländische Nachrichtenagenturen bzw. ihre Informationsdienste weitergegeben werden, die sich auf gesetzeswidrige Aktivitäten beziehen, oder sollten Informationen China verleumden oder die nationalen Interessen Chinas verletzen, wird die Xinhua dazu ermächtigt, zusammen mit den entsprechenden Stellen dagegen vorzugehen.

Chinesische Regierungsabteilungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen sowie Unternehmen und sonstige

Institutionen müssen sich bei der Xinhua registrieren lassen, wenn sie Wirtschaftsinformationen von ausländischen Nachrichtenagenturen bzw. Informationsdiensten kaufen wollen. Den chinesischen Stellen ist es nicht erlaubt, sich direkt als Abonnenten bei den ausländischen Nachrichtenagenturen anzumelden.

Aufgabe der Xinhua soll es dem Rundschreiben des Staatsrates nach auch sein, die Aktualität und Verlässlichkeit der Wirtschaftsinformationen für die Abonnenten zu sichern.

Ausländische Nachrichtenagenturen und ihre Informationsdienste, die bereits Abonnenten in China bedient haben, bevor dieses Rundschreiben des Staatsrates veröffentlicht wurde, müssen innerhalb von drei Monaten das Überprüfungs- und Genehmigungsverfahren durch die Xinhua abgeschlossen haben. Die dreimonatige Anmeldefrist gilt ebenfalls für die chinesischen Stellen, die bereits Informationen von ausländischen Nachrichtenagenturen beziehen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 16.1.96, nach SWB, 17.1.96)

Ein Sprecher der Xinhua kündigte an, daß bestehende Anlagen und Methoden, die dem Abonnenten für die Übernahme der ausländischen Wirtschaftsinformationen zur Verfügung stehen, für eine Übergangszeit weiter benutzt werden könnten. Die Xinhua werde lediglich simultan die Wirtschaftsinformationen überprüfen, die von den ausländischen Informationsdiensten verbreitet werden. Der Sprecher betonte, daß Vermutungen nicht zutreffen würden, Xinhua werde die Informationen erst nach Überprüfung zur Veröffentlichung freigeben. Weiterhin sei geplant, mit ausländischen Nachrichtenagenturen und Informationsdiensten über die Bezugspreise für ausländische Wirtschaftsinformationen zu verhandeln. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 18.1.96, nach SWB, 20.1.96) Derzeit fließen an Xinhua 50% des Bezugspreises für ausländische Nachrichtendienste, die chinesischen Zeitungen und anderen Organisationen allgemeine Nachrichten bereitstellen. (SCMP, 19.1.96)

Die zusätzlichen Erklärungen des Xinhua-Sprechers werden in einem Kommentar in der *South China Morning Post* vom 22.1.96 dahingehend interpretiert, daß Xinhua noch nicht über die technischen und Managementfähigkeiten verfügt, um den Strom der nach

China fließenden Informationen tatsächlich ohne Zeitverlust kontrollieren zu können. Deshalb sei die Xinhua gezwungen, ein Lizenzsystem einzuführen, durch das alle ausländischen Anbieter von Informationen Xinhua dafür bezahlen, Wirtschaftsinformationen an chinesische Nutzer weiterzugeben.

Dem Kommentar nach könnte die Kontrolle durch die Xinhua dazu führen, daß die ausländischen Nachrichtendienste im vorausseilenden Gehorsam sensible Nachrichten über China nicht mehr weiterleiten. Zwar würden die chinesischen Abonnenten diese Informationen nicht mehr erhalten können, doch weltweit wären sie zugänglich und könnten Einfluß auf die Entwicklung von Märkten nehmen.

Die Entscheidung des Staatsrates, eine stärkere Kontrolle über die Verbreitung von ausländischen Wirtschaftsnachrichten zu nehmen, wird in ausländischen Kommentaren auch als politisches Dilemma der KPCh interpretiert. So wolle die Partei zwar die außenwirtschaftliche Integration, gleichzeitig jedoch die absolute Informationskontrolle beibehalten. Wirtschaftlich sei die Informationskontrolle und -beschränkung mit negativen Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen verbunden. (SCMP, 18.1.96) Städte wie Shanghai, die international anerkannte Finanzplätze werden wollten, würden hierdurch besonders betroffen. (IHT, 17.1.96)

Neben dem Versuch, die schnelle Verbreitung der elektronischen Informationsdienste kontrollieren zu wollen, wird das Zurückgewinnen der ehemaligen Monopolposition der Xinhua als ein wichtiger Grund für die Entscheidung des Staatsrates gesehen. Die stark subventionierte Xinhua erhält damit auch die Möglichkeit, sich an den Gewinnen im wachsenden Markt für elektronisch übertragene Wirtschaftsnachrichten zu beteiligen.

Ausländische Unternehmen wie z.B. Dow Jones & Co und Reuter Holdings PLC, die zu den Anbietern von ausländischen Wirtschaftsinformationen über Termin- und Aktienmärkte, Statistiken zu makroökonomischen Entwicklungen, etc. zählen, werden von den neuen Restriktionen sofort betroffen werden. Ob die neuen Bestimmungen auch auf das Internet angewendet werden, bleibt noch unklar. (IHT, 17.1.96) -schü-

*(21)

Beschränkung des ausländischen Engagements in der TV-Industrie

Zur Belebung der inländischen Industrie für Farb-TV will die chinesische Regierung ein zusätzliches ausländisches Engagement in Joint Venture-Unternehmen stärker regulieren und die illegale Einfuhr von Schmuggelware nach China verhindern.

Bereits 1995 war entschieden worden, daß die Genehmigung neuer Joint Venture-Unternehmen und die Expansion bestehender zur Herstellung von Farb-Fernsehgeräten zunächst vom Elektronikministerium überprüft wird, bevor die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel sowie das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (MOFTEC) ihre Zustimmung erteilen.

Allein in den letzten zwei Jahren haben eine Reihe von chinesischen Unternehmen die gemeinsame Produktion von Farb-TV mit bekannten Markenfirmen wie Sony, Toshiba, Matsushita, Thomson und Samsung aufgenommen. Um den technischen Standard der chinesischen Unternehmen zu erhöhen, wurden in den vorangegangenen 10 Jahren Investitionen für den Kauf moderner Technologien für Farb-TV mit einem Volumen von rd. 15 Mrd. Yuan aufgewandt. Obwohl die Joint Venture-Unternehmen bei Beginn ihrer Produktionsaufnahme eine Exportquote von 70 bis 100% zusagten, werden aufgrund fehlender Kontrolle die meisten Fernsehgeräte mit ausländischen Markennamen in China verkauft.

Eine Beschränkung des ausländischen Engagements wird vor allem angestrebt, um die Überkapazitäten abzubauen. Während sich der Bedarf jährlich auf rd. 4 Mio. Farb-TV belaufe, würden 97 TV-Hersteller einen Ausstoß von 20 Mio. Geräten aufweisen. Eine weitere Ausweitung der Produktionskapazitäten durch sino-ausländische Joint Venture-Unternehmen werde die lokalen Unternehmen unter noch stärkeren Druck setzen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 15.1.96, nach SWB, 24.1.96)

Eine Ausnahme von der Beschränkung sino-ausländischer Unternehmen, Joint Ventures für den Bau von Farb-TV und Farb-Bildröhren eingehen zu können, gilt dem Elektronikministerium zufolge

nur bei vollständig für den Export produzierenden Gemeinschaftsunternehmen. Den Vorzug würden auch solche großen ausländischen Unternehmen erhalten, die eine Produktion mit hohen Skalenerträgen und den Transfer von High-Tech sichern könnten.

Die Vorschläge zur Rationalisierung der Elektronikindustrie sind nach Einschätzung der *Financial Times* vergleichbar mit denjenigen für die Automobilindustrie. Auch hier gehe es um die Reduzierung der Herstelleranzahl und um den Aufbau von großen Produktionsunternehmen mit ausländischer Beteiligung. Die Bekanntgabe der Einleitung des Konkursverfahrens durch die Shijiazhuang Television Factory, die zu China größeren Unternehmen zählt, sei ein warnendes Zeichen für andere Unternehmen mit veralteter Technologie. Die Shijiazhuang Television Factory weist bei einem Vermögen von 168 Mio. Yuan gleichzeitig Verbindlichkeiten in Höhe von 296 Mio. Yuan auf.

Bei einer Produktion von rd. 18 Mio. Farb-Fernsehgeräten im Jahre 1995 wird die Zahl der eingeschmuggelten Geräte auf rd. 5 Mio. Stück geschätzt. Unter Berücksichtigung dieser illegalen Einfuhren schätzt die *Financial Times* das Überangebot auf 30-40% im Jahre 1995. Prognosen für die jährliche Nachfrage nach Farb-TV gehen in den nächsten fünf Jahren von jährlich rd. 15 Mio. Stück aus, während die geplante Produktionsmenge jährlich 20 Mio. Stück ausmachen wird. Der *Financial Times* zufolge ist die Überproduktion von Farbfernsehgeräten und -röhren nicht das einzige Problem für die Elektronikindustrie, sondern das Ministerium will auch die Produktion von CD-Geräten, integrierten Schaltkreisen sowie von Bildschirmen mit Flüssigkristallanzeige beschränken.

Das Beispiel der Fernsehgeräte-Schwemme zeige Chinas schmerzhaften Übergang von einer geplanten Wirtschaft zu einer sozialistischen Marktwirtschaft. Im Verlauf dieses Prozesses hätten die lokalen Regierungsebenen Entscheidungsrechte dazugewonnen und Projekte mit einem Volumen bis zu 30 Mio. US\$ genehmigen können. Als Folge dieser Entwicklung seien unzählige kleinere Unternehmen entstanden, die eine breite Skala von Elektronikprodukten herstellen, allen voran Farb-TV. (FT, 15.1.96) -schü-

Binnenwirtschaft

* (22)

"Bedeutung der Staatsunternehmen wird mit der Marktentwicklung zunehmen"

Im Sprachrohr der KPCh, der *Renmin Ribao*, wurde Ende November ein Kommentar zur Rede Jiang Zemin veröffentlicht, der sich mit der Rolle der Staatsunternehmen auseinandersetzt. Jiang Zemin hatte auf Seminaren in Shanghai und Changchun zur Reform der Staatsunternehmen gefordert, am Prinzip der Dominanz des Sektors mit öffentlichem Eigentum festzuhalten. Nur so könne die soziale Gerechtigkeit und soziale Stabilität aufrechterhalten und der Sozialismus mit chinesischen Merkmalen aufgebaut werden. Im folgenden werden Auszüge aus diesem Kommentar wiedergegeben, die sich mit der Funktion staatlicher Unternehmen beschäftigen. (RMRB, 21.11.95, nach SWB, FE/ D2491/CNS 20.12.95)

Im Kommentar wird zunächst auf die Bedeutung des öffentlichen Sektors in der Gesamtwirtschaft eingegangen. Bezogen auf das Jahr 1993 wiesen die staatseigenen Industrieunternehmen einen Anteil am Anlagevermögen aller Industriebetriebe in Höhe von 69,5% auf; ihre Anteile am Umsatz und an den Gewinnen beliefen sich auf 62,3% und auf 54,9%.

Die staatseigenen Industriebetriebe trugen wie folgt zur Wertschöpfung einzelner Industriebranchen im Jahre 1993 bei:

- Energie: 88,7%;
- Eisen- und Stahl sowie NE-Metallindustrie: 76,2%;
- Erdölraffinerien: 91,1%;
- Chemieindustrie: 58% und
- Maschinenbau: 48,5%.

Unter vollständiger Kontrolle des Staates stehen die Finanz- und Telekommunikationsindustrie, die Eisenbahn sowie die Luftfahrtindustrie.

Obwohl sich der zahlenmäßige Anteil der staatlichen Industriebetriebe an den gesamten Industriebetrieben landesweit auf lediglich 3,4% beläuft, tragen die rd. 13.700 großen und mittelgroßen Staatsunternehmen mit unabhängiger

Rechnungsführung zu ca. 65% zu den Gewinn- und Steuerablieferungen an den Haushalt bei.

Mit der Ausweitung der Marktwirtschaft unterlag jedoch das rein staatliche und rein kollektive Eigentum an den Unternehmen weitgehenden Veränderungen. So sank der Anteil der rein staatlichen Unternehmen am Industrieoutput von 81,56% im Jahre 1978 auf 38,23% im Jahre 1994. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Unternehmen im kollektiven Eigentum von 18,44% auf 38,24% am Industrieoutput.

Auch hinsichtlich der Beschäftigung hat sich die Bedeutung der rein staatlichen und rein kollektiven Unternehmen gewandelt. So sank der Anteil der Beschäftigten, die in rein staatlichen Unternehmen beschäftigt sind, von 50,07% auf 28,24%, dagegen sank der Anteil der Beschäftigten in den kollektiveigenen Unternehmen nur von 49,93% auf 46,99% im oben genannten Zeitraum. Besonders deutlich war die Veränderung des Anteils staatlicher Unternehmen an den gesamten Anlageinvestitionen, da dieser von 87,98% auf 55,59% zurückging, während sich der Anteil kollektiveigener Unternehmen von 12,02% auf 25,80% erhöhte.

Der Kommentar geht weiterhin auf einige Grundprobleme der staatlichen Unternehmen ein. Hierzu zähle die ungenügende Kapitalausstattung sowie das kritische Verhältnis zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten, so daß die Unternehmen Schwierigkeiten hätten, eine ausreichenden Rendite des staatlichen Kapitals zu sichern. Weiterhin wiesen die staatlichen Industriebetriebe keine rationale Struktur auf, da in manchen überentwickelten Branchen nur 40-50% der Produktionskapazitäten genutzt werden könnten. Einige Unternehmen seien mit hohen Lagerbeständen konfrontiert, da ihre Produkte schlecht verkäuflich seien. Insgesamt sei die Effizienz der staatlichen Unternehmen relativ schlecht. Die Kapitalrentabilität pro 100 Yuan habe 1985 13,9% betragen und sei bis 1993 auf 3,5% gesunken. Im Kommentar wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese Probleme nicht durch die Eigentumsform bedingt seien, sondern durch Mängel im Management, durch externe Bedingungen der Unternehmen und durch historische Erblasten. Diese Probleme, so der Kommentar, könnten mit einer Fortführung der Reformen gelöst werden.